

Wolfgang Kempkes,
Postfach 10 01 12, 46001 Oberhausen

Herrn Oberbürgermeister
Daniel Schranz
Rathaus Oberhausen

46045 Oberhausen

Wolfgang Kempkes
Stadtverordneter (AfD)
Postfach 10 01 12
46001 Oberhausen

07. 02. 2021

Betr.: Änderungsantrag der AfD-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zum Antrag A/17/0346-01: Seebrücke – Appell an den Rat der Stadt Oberhausen.

Beschlußvorschlag:

Oberhausen wird kein sogenannter „Sicherer Hafen“.

Begründung:

Oberhausen ist eine der am stärksten verschuldeten Städte Deutschlands. Das ist eine Folge der verantwortungslosen Politik, welche die großen Ratsparteien seit Jahren zu Lasten der Oberhausener Bevölkerung betreiben.

Der aktuelle Sozialbericht 2020 hat offengelegt, daß die Spaltung der Stadtgesellschaft in Arm und Reich weiter zunimmt. Die Gründe für diese Zunahme sind für jeden klar erkennbar, der diesen Sozialbericht unvoreingenommen analysiert.

Während die Migranten mit einem stetig wachsenden Sozialertrag auch am tatsächlichen Bedarf vorbei bedacht und auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt gefördert werden, ist ein immer größerer Anteil der einheimischen Wohnbevölkerung vom sozialen Abstieg real bedroht.

Die Befürworter des „Sicheren Hafens“ fordern, die Stadt Oberhausen möge „Land, Bund und Europa auf ihre Verantwortung hinweisen, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Integration in die Gemeinschaft der Menschen vor Ort mit breiter Akzeptanz erfolgen kann.“

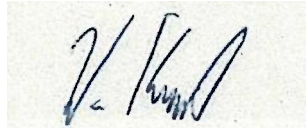
Für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen ist allein die Stadt Oberhausen verantwortlich. Diese Verantwortung kann sie nicht abgeben, da die Integrationsleistung stets auf kommunaler Ebene erbracht werden muß.

Die Forderung nach einer „ausreichenden finanziellen Unterstützung“ bedeutet nichts anderes, als daß die Stadt Oberhausen noch nicht einmal in der Lage ist, die Bedürfnisse der Ortsansässigen, wozu auch bereits Zugewanderte gehören, aus eigenen Haushaltsmitteln zu finanzieren.

Es ist für diese Politiker leicht, „für eine aktive Gestaltung einer menschenrechtskonformen, europäischen Asyl- und Migrationspolitik“ einzutreten, wenn andere dafür Verzicht leisten müssen und der eigene Beitrag darin besteht, fremdes Geld zu fordern.

Die im Stadtrat vertretenen Parteien tragen eine Verantwortung für das Wohlergehen der Oberhausener Bevölkerung. Wer die Grenzen des Möglichen zu überschreiten versucht, wird scheitern.

Mit freundlichen Grüßen



(AfD-Fraktionsvorsitzender)

AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld.,
Postfach 10 01 12, 46001 Oberhausen

Oberbürgermeister Daniel Schranz
Bereich 0-1/Stadtkanzlei
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

AfD-Ratsfraktion Oberhausen
Postfach 10 01 12
46001 Oberhausen
kontakt@afd-ob.de

28. 02. 2021

Betr.: Aufnahme eines Antrags in die Tagesordnung gem. § 48 GO NRW /
Spende von Sitzungsgeldern.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schranz!

Die AfD-Ratsfraktion beantragt, zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt bzw. des Haupt-und Finanzausschusses folgenden Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen:

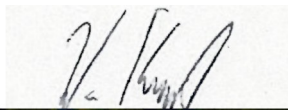
Der Rat der Stadt, bzw. der Haupt-und Finanzausschuss möge beschließen:

1. Die Verwaltung zu beauftragen, eine Befragung aller im Rat vertretenen Fraktionen/Gruppen/Einzelvertreter durchzuführen. Die Befragung soll erörtern, inwieweit bei Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern die grundsätzliche individuelle Bereitschaft besteht, sämtliche Sitzungsgelder für Rats- und/oder Ausschusssitzungen im Jahr 2021 (rückwirkend ab dem 1.1.2021) für vom Lockdown betroffene Gewebetreibende mit Sitz in Oberhausen zu spenden.
2. Kriterien zu formulieren, in welchem Umfang und an welche konkrete Zielgruppe die Spendengelder zu entrichten sind.
3. Zu prüfen, inwiefern aufkommende Spendengelder einem Solidaritätsfond für Oberhausener Gewebetreibende (vergl. gleichnamiger AfD-Antrag) zugeführt werden bzw. auf anderem Wege verteilt werden können.

Begründung:

Hierbei geht es um einen gemeinschaftlichen Beitrag der kommunalpolitisch Verantwortlichen in Oberhausen für die vom Lockdown betroffenen lokalen Dienstleister und kleinen Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Kempkes (Fraktionsvorsitzender)

AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld.,
Postfach 10 01 12, 46001 Oberhausen

Oberbürgermeister Daniel Schranz
Bereich 0-1/Stadtkanzlei
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

AfD-Ratsfraktion Oberhausen
Postfach 10 01 12
46001 Oberhausen
kontakt@afd-ob.de

28. 02. 2021

Betr.: Aufnahme eines Antrags in die Tagesordnung gem. § 48 GO NRW /
Einrichtung eines Solidaritätsfonds.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schranz,

die AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. beantragt, zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt bzw. des Haupt-und Finanzausschusses folgenden Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen:

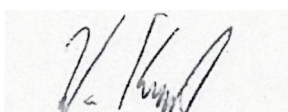
Der Rat der Stadt, bzw. der Haupt-und Finanzausschuss möge beschließen,

1. einen Solidaritätsfond einzurichten, der sich aus Einnahmen aus Bußgeldern zusammensetzt, die die Stadt Oberhausen im Rahmen von Ordnungswidrigkeiten durch Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung im Jahr 2020 eingenommen hat, im Jahr 2021 und folgende voraussichtlich noch einnehmen wird und sich an Gewebetreibende mit Sitz in Oberhausen richtet;
2. Kriterien zu formulieren, in welchem Umfang und an welche konkrete Zielgruppe Hilfszahlungen aus dem Solidaritätsfond zu entrichten sind; und
3. ein Vergabeverfahren einzuleiten, im Rahmen dessen sich Oberhausener Gewebetreibende für Hilfszahlungen bewerben können.

Begründung:

Die Stadt Bonn geht mit Solidaritätsfonds ähnliche Wege, die sich ebenfalls aus der Einspeisung von Corona-Bußgeldern finanzieren. Der hier zu beschließende Solidaritätsfond soll sich primär an lokale Dienstleister und kleine Unternehmen richten.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Kempkes (Fraktionsvorsitzender)

AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld.,
Postfach 10 01 12, 46001 Oberhausen

Oberbürgermeister Daniel Schranz
Bereich 0-1/Stadtkanzlei
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

AfD-Ratsfraktion Oberhausen
Postfach 10 01 12
46001 Oberhausen
kontakt@afd-ob.de

10. 3. 2021

Betr.: Aufnahme eines Antrags in die Tagesordnung gem. § 2 der Geschäftsordnung.
Thema: Anpassung des Krisenstabes.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schranz,
sehr geehrte Damen und Herren!

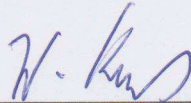
Die AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. beantragt, zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt bzw. des Haupt- und Finanzausschusses folgenden Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen:

Die Verwaltung zu beauftragen, weitere fachliche Expertise für das Themenfeld „wirtschaftspolitische Auswirkungen der Corona-Situation“ durch Aufnahme von entsprechenden Fachleuten der freien Wirtschaft, bzw. deren Interessenvertretern in den Krisenstab einzubinden.

Begründung:

Die bisherige Zusammensetzung des Stabes deckt die Bereiche Gesundheitsschutz, Verwaltung/Organisation und Kommunikation ab. Den zunehmenden Auswirkungen der Corona-Situation auf die freie Wirtschaft, hier insbesondere auf Dienstleister, muss endlich Rechnung getragen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Kempkes (Fraktionsvorsitzender)